

[← zurück](#)

Appenzell | 17.11.2024 | 19:44 Uhr

tm

Sind Innerrhoder blauäugig?

Vor sieben Jahren half Bundesrätin Karin Keller-Sutter, die jüngste kantonale Partei der FDP aus der Taufe zu heben: die FDP AI. Am Freitag war KKS auf Stippvisite beim Appenzeller «Gottenkind» und beantwortete Fragen der Innerrhoder.



Parteipräsident Luca Rechsteiner befragt die Bundesrätin.

Die FDP Appenzell Innerrhoden (FDP AI) feiert heuer ihr siebenjähriges Bestehen als Kantonale Partei der FDP-Schweiz. Bei der Gründung an der FDP-Delegiertenversammlung war Bundesrätin Karin Keller-Sutter Patin gestanden. Am Freitag hat sie ihrem «Gottenkind einen Besuch abgestattet – trotz Hexenschuss. Zum Jubiläum stellte sie sich Fragen der eigenen Partei und des Publikums. Es ging um die Besteuerung von 2. und 3. Säule, die Verschuldung des Bundes, die Rettung der CS, die Verhandlungen mit der EU – und darum, ob Innerrhoder blauäugig seien. Und natürlich um Donald Trump.

USA: «Republikaner mögen uns»

Zum wiedergewählten US-Präsidenten äusserte sie sich diplomatisch, es sei zu früh, um den Einfluss der Wiederwahl auf die Schweiz zu beurteilen, man wisse insbesondere noch nicht, wer Finanzminister werde. Die USA seien unterdessen der grösste Markt für Schweizer Exporteure, nicht Deutschland. Der Kontakt sei sehr gut, sie selbst sei zwei bis drei Mal pro Jahr in Washington. Republikanische Regierungen seien eher offener gewesen gegenüber der Schweiz als demokratische. «Sie mögen uns», sagte Keller-Sutter.

«Mögen Sie das Gottenkind?»

Innerrhoden stimme immer wieder mal gegen den Bundesrat, sage FDP-AI-Präsident Luca Rechsteiner. «Mögen Sie ihr Gottenkind trotzdem?» wollte er wissen. Eine schmunzelnde Bundesrätin antwortete, sie schätze die Abstimmungen der Innerrhoder meist sehr, das Ständemehr sei wichtig, um den Konsens unter den Landesteilen zu sichern.

Dass Rechsteiner richtig vorgespart hatte, zeigten die Fragen aus dem Publikum, etwa jene zum geplanten Rahmenabkommen mit der EU. Wie beurteilt die Finanzministerin die Auswirkungen auf die Wohlfahrt der Schweiz? «Schwierig einzuschätzen», gestand die Magistratin. Es gebe Studien, die beweisen wollen, die Bilateralen hätten der Schweiz nichts gebracht – und solche, die das Gegenteil zeigen sollen. Für ein Exportland sei der Zugang zur EU sehr wichtig. Der Bundesrat müsse jetzt beurteilen, ob das Preis-Leistungsverhältnis dieses Zugangs stimme. Und dann werde das Volk entscheiden.

Als Hintergrund: Im Sommer hatte ein Gutachten des Bundesamts für Justiz für rote Köpfe gesorgt, da es argumentiert hatte, die freiwillige Unterstellung eines allfälligen Staatsvertrags mit der EU unter das obligatorische Referendum (mit Ständemehr) wäre nicht nötig oder gar verfassungswidrig. Der Bundesrat liess danach die Frage offen, wie er vergehen wird: ob also das geplante Vertragspaket mit der EU dereinst dem obligatorischen Referendum mit Volks- und Ständemehr zu unterstellen wäre oder ob das fakultative Referendum mit blossem Volksmehr genügen würde.

«Keinen Einfluss auf die SNB»

In Innerrhoden seien die Gewinne der SNB mit rund fünf Millionen Franken budgetiert worden, wusste Rechsteiner – der Geldsegen sei dann aber nicht gekommen. Ob die Innerrhoder also blauäugig seien, fragte er in der Runde. Alle Kantone stünden hier vor derselben Herausforderung, sagte die FDP-Bundesrätin dazu, man wisse nicht, ob die SNB-Defizite mache oder nicht. Sinn und Zweck der SNB sei die Wahrung der Preisstabilität und nicht eine Gewinnausschüttung an die Kantone. Einen Einfluss habe das Finanzdepartement darauf ohnehin nicht.

